37. Jahrgang Nr. 388

Berliner Volks-Zeitung

Abend-Ausgabe
Mittwoch, 20. August 1919

Laßt unsere Gefangenen frei!

Eine Entschließung sämtlicher Parteien der Deutschen Nationalversammlung.

Weimar, 20. August. (Eigener Bericht.)

Von sämtlichen Fraktionen ist folgende gemeinsame Entschließung in der Frage der deutschen Kriegsgefangenen eingebracht worden: Die Nationalversammlung wolle beschließen: „Die deutsche Nationalversammlung hat wiederholt mit allem Nachdruck die Befreiung der deutschen Kriegsgefangenen gefordert. Sie erhebt noch einmal ihre Stimme, um vor aller Welt den Empfindungen der Nationalversammlung steht unter dem erschütternden Eindruck unablässigen seelischen Marter, zu der durch die unabsehbare Verzögerung der Auslieferung, die Gefangenen und ihre Angehörigen verurteilt sind. Die Nationalversammlung steht unter dem erschütternden Eindruck zahlreicher Beweise, daß die Zahl der Opfer dieses Krieges noch nach dem Friedensschluß durch Tausende von Gefangenen vermehrt wird, die, von der Willkür und Unsicherheit ihrer Lage zermürbt, körperlich und seelisch zugrunde gehen. Sie steht unter dem Eindruck der steigenden Verzweiflung von Frauen und Angehörigen, die das Ende ihrer unerträglichen Spannung immer wieder hinausgeschoben sehen. Und sie erhebt mit dem Nachdruck und der Eindringlichkeit, die dem Protest gegen zwecklose Grausamkeit und dem Appell an die Menschlichkeit innewohnt, die Forderung, daß mit dem Abtransport der Gefangenen unverzüglich begonnen wird. Aus dem gleichen Grundsatz heraus fordert die Nationalversammlung, daß dem Rücktransport der in Deutschland befindlichen russischen Gefangenen seitens der Entente keine weiteren Schwierigkeiten bereitet werden."

Kabinettskrise in England?

Parlamentarischer „Selbstmord" Lloyd Georges.

Basel, 20. August. (Privat.)

Die parteipolitischen Gegensätze haben sich derart verschärft, daß man mit der Möglichkeit einer von Lloyd George selbst provozierten Kabinettskrise rechnet.

Der englisch-persische Vertrag.

Anfragen im Unterhause.

Amsterdam, 20. August.

Laut Pressebureau Radio erklärte Harmsworth im englischen Unterhaus bezüglich des englisch-persischen Vertrages, es bestehe nicht der geringste Anlaß für die Ansicht, daß die Regierung irgend etwas wie ein britisches Protektorat über Persien vorgeschlagen habe, oder daß die persische Regierung darin eingewilligt haben würde. Auf die Frage Lord Robert Cecils, ob dieser Vertrag dem Rate des Völkerbundes unterbreitet werden würde, erwiderte Harmsworth, dies werde seiner Ansicht nach sicher der Fall sein.

Amsterdam, 20. August. (T. U.)

Aus Paris wird dem „Nieuwe Rotterdamschen Courant" gemeldet: Die in Paris erscheinenden amerikanischen Blätter beschuldigen England, **den Schah von Persien, den mit Persien abgeschlossenen Vertrag aufgedrängt zu haben.** Sie sind der Meinung, daß der Schah nach Paris komme, um im Namen des persischen Volkes zu protestieren gegen die Tat Englands, die im Widerspruch zu den 14 Punkten Wilsons stehe.

London, 19. August. (Reuter.) Unterhaus. Das Parlament hat sich bis zum 22. Oktober vertagt.

Die Alliierten und Rußland.

Neue Pläne zur Lösung des Problems.

Genf, 20. August. (T. U.)

Aus einer Pariser, über russische Angelegenheiten gut unterrichteten Quelle erfährt die Telegraphen-Union, daß infolge von Koltschaks Niederlagen in den Kreisen der Pariser Konferenz eine neue Strömung bezüglich der Lösung des russischen Problems Platz tritt. Die verantwortlichen Faktoren der Entente haben vor, **die Bildung einer demokratischen russischen Regierung zu erleichtern, die aus Vertretern aller antibolschewistischen Parteien, d. h. von den ehemaligen Oktobristen bis zum rechten Flügel der sozialrevolutionären Partei, zusammengesetzt sein soll.** Koltschak und Denikin bleiben an der Spitze der antibolschewistischen Armeen, aber sie werden keinen politischen Einfluß haben und in den von der bolschewistischen Herrschaft befreiten Gegenden werden die Behörden von der allrussischen demokratischen Regierung eingesetzt werden. Man versichert auch, daß die Neuorientierung der Entente nicht zum wenigsten auf Gründen finanzieller Natur beruhe. Um den Bolschewismus zu vernichten, hätten Koltschak und Denikin eine weitere Unterstützung durch Geld, sowie gewaltige Vorräte von Munition, Ausrüstungsgegenständen und Kriegsmaterial notwendig. **Die amerikanischen Kapitalisten würden lieber mit einer Regierung verhandeln, in der alle Parteien vertreten wären, als mit Generälen und einzelnen Gruppen.** Clemenceau billigt durchaus die Idee Maklakoffs, zu Anfang Dezember eine Konferenz der russischen politischen Parteien nach Paris einzuberufen. Die Vertreter der Alliierten in Jekaterinodar und Omsk haben den Auftrag erhalten, in Erfahrung zu bringen, ob Koltschak und Denikin bereit wären, auf dieser Konferenz die neu zu bildende Regierung anzuerkennen.

Neue Erfolge Denikins.

Zwischen Kiew und Poltawa

Amsterdam, 20. August.

Laut Pressebureau Radio melden die „Times", daß die Truppen Denikins ihren Vormarsch fortsetzen und jetzt ungefähr halbwegs zwischen Kiew und Poltawa stehen

Helsingfors, 19. August. (Reuter.)

Es wird gemeldet, daß in einer Seeschlacht zwischen der britischen und der bolschewistischen Flotte im Golf von Finnland die Schlachtschiffe „Andrei Perwoswanny" und „Petropawlowsk" sowie ein Transport- und ein Wachtschiff gesunken sind. Die britischen Verluste betragen drei Motorboote, acht Offiziere und drei Mann.

Revolutionäre Unruhen in Sofia.

Kundgebungen vor dem Königspalast.

Amsterdam, 20. August.

Nach einer Meldung der „Daily Mail" aus Budapest haben in Sofia blutige Gefechte zwischen den radikalen Elementen und den Truppen stattgefunden. Vor dem königlichen Palast wurden Kundgebungen veranstaltet. Es wurde der Rücktritt des Königs Boris und die Ausrufung der Republik gefordert. Die Truppen trieben die Menge auseinander.

Ministerrat in Budapest.

Die Sozialisten und das Kabinett.

Wien, 20. August. (T. K.)

In Budapest fand gestern vormittag ein Ministerrat statt, der sich mit der Rekonstruktion des Kabinetts beschäftigte. Den Mittelpunkt der Beratungen bildeten die Bemühungen, die Regierung durch den Eintritt der Sozialisten in das Ministerium lebensfähig zu gestalten. **Garami und seine Freunde sind grundsätzlich bereit, an den Regierungsgeschäften tätigen Anteil zu nehmen, stellen jedoch die Bedingung, daß demokratische Politik getrieben wird.** Die Aussichten auf eine Verständigung sind im Augenblick recht günstig, denn man rechnet in Budapest bereits damit, daß wenigstens zwei führende Sozialisten in das Kabinett eintreten. **Die wesentlichsten Schwierigkeiten sind dadurch beseitigt, daß die Stellung des Erzherzogs Joseph durch die Stellungnahme der Alliierten unhaltbar geworden ist.**

Bela Kun abtransportiert.

Der unbekannte Aufenthalt.

Wien, 20. August.

Wie der Telegraphen-Union berichtet wird, befinden sich Bela Kun und Genossen seit zwei Tagen nicht mehr in ihrem bisherigen Internierungsort in Haidmühle im Thajatal. Ihr Abtransport erfolgte in geheimnisvoller Weise. Die Wegbringung der ungarischen Kommunisten soll auf das Einschreiten des niederösterreichischen Bauernbundes und die Protestkundgebungen der ländlichen Bevölkerung zurückzuführen sein. Wo Bela Kun und Genossen derzeit untergebracht sind, wird geheim gehalten. Der ehemalige ungarische Volksbeauftragte Siegmund Ofuni, einer der Führer der alten ungarischen sozialdemokratischen Partei, ist in Preßburg verhaftet worden; er soll jedoch nicht nach Ungarn ausgeliefert, sondern den Behörden von Deutschösterreich zur Internierung übergeben werden.

Wien, 20. August. (Tel.-Korr.-Bureau.)

Die Parlamentskorrespondenz meldet aus Fürstenfeld, daß der verhaftete Bauernführer Wollinger wieder enthaftet wurde, da er beweisen konnte, daß er an den Versammlungen für den Anschluß Deutschwestungarns vollständig unbeteiligt war. Dagegen wurden andere Personen, die ihre Anschlußfreundlichkeit bekannten, verhaftet, sowie zahlreiche Haftbefehle erlassen. Die Stimmung der steirischen Grenzbevölkerung ist sehr erregt.

Klage derer, die nicht klagen dürfen. In einer Besprechung des Verbotes der antisemitisch-alldeutschen „Deutschen Zeitung" schreibt die „Deutsche Tageszeitung" u. a.: „Es ist ein Zeichen dafür, wie die Regierung die von ihr so laut gepriesene Pressefreiheit versteht. Die gesamte Presse sollte deshalb gegen diese Vergewaltigung nachdrücklichst Einspruch erheben, da sie im schroffsten Gegensatz zu dem feierlich verkündeten Recht der Presse steht." Mit einem Male! Bisher hatte das agrarische Blatt nur immer ein stilles Schmunzeln übrig, wenn Zeitungen, allerdings links stehende, unterdrückt wurden. Jetzt, wo ihr Schwesterblatt daran glauben mußte, soll die „gesamte" Presse protestieren. Das steht der reaktionären Wochede wieder einmal sehr ähnlich. Wir meinen, daß nur die Blätter ein Recht zur Kritik besitzen, die jedes Zeitungsverbot verdammen. Von diesem Gesichtspunkt aus hätte die „Deutsche Tageszeitung" allen Anlaß, zu schweigen.

Die Verewigung der Feindschaft. Die englischen Blätter vom 18. August bringen eine Reuter-Meldung aus Melbourne, derzufolge das australische Einwandererzesetz dahin abgeändert werden soll, daß alle Personen feindlicher Herkunft oder Nationalität für die Dauer von fünf Jahren nicht nach Australien zugelassen werden dürfen. Ein diesbezüglicher Antrag ist bereits im Repräsentantenhaus eingebracht worden.

Der oberschlesische Polenaufstand.

Die Herrschaft in den besetzten Ortschaften.

Kattowitz, 19. August.

Heute nacht und vormittag verliefen ruhig. Anscheinend haben die Aufständischen die Zeit benutzt, um ihre Organisation zu vervollständigen, sich von den Polen mit Waffen zu versehen und die Besetzung des Landes planmäßig auszuführen. Wie gemeldet wird, üben sie in den besetzten Ortschaften die vollziehende Gewalt aus und haben alle männlichen Personen zwischen zwanzig und vierzig Jahren zu den Waffen einberufen. Ein großer Teil der deutschen Einwohnerschaft von Schoppinitz sowie die Gefangenen sind über die Grenze nach Polen abgeschoben. Im Laufe des Nachmittags sammelten sich gegenüber unseren Positionen am Ostausgange von Kattowitz starke Banden mit zahlreichen Maschinengewehren und hielten die Ortsausgänge unter Feuer. Ein Regiment, unterstützt von einem Panzerzug und Artillerie, griff am Nachmittag in Richtung Janow an und ist im Besitz von Agnes-Amandagrube, Richthofenschacht, Wildensteinsegengrube und Bogutschütz-Süd. In Bogutschütz-Nord wurden durch einige Artilleriegeschütze polnische Banden verscheucht. Leider wurde einer unserer Flieger vor Eichenau zur Notlandung gezwungen. Er vernichtete sein Flugzeug durch Brand und ist in Gefangenschaft geraten. Auch in Myslowitz hatte die Truppe dauernd Kämpfe mit Banden zu bestehen. Bisher ist es gelungen, diese Banden durch energisches Vorgehen von der Stadt fernzuhalten.

Abbruch der Polen-Verhandlungen.

Wie die V. P. N. erfahren, sind heute morgen die deutsch-polnischen Verhandlungen von seiten der Polen mit der Begründung abgebrochen worden, daß Deutschland die Verantwortung für die in Oberschlesien geschaffene Lage allein trage. Es wird versucht werden, den Zwischenfall gütlich beizulegen und die Wiederaufnahme der Verhandlungen herbeizuführen.

Besetzung Oberschlesiens durch die Alliierten?

Bern, 20. August. (T. K.)

Der Höchste Rat der Friedenskonferenz befaßte sich in seiner gestrigen Vormittagssitzung mit der Lage in Oberschlesien und beriet über die Maßnahmen gegen die Unruhen und Streiks im Kohlenbergbau. Nach den Informationen des „Temps" wird die militärische Besetzung Oberschlesiens durch alliierte Truppen ernsthaft in Erwägung gezogen, eine endgültige Entscheidung ist bis jetzt jedoch noch nicht getroffen, da sich verschiedene Bedenken gegen die Besetzung geltend machen. Sollten die Unruhen und Kämpfe zwischen Deutschen und Polen fortdauern, so wird die Intervention der Alliierten als unvermeidlich betrachtet.

Helfferich darf aufatmen.

Sein Strafverfahren kommt.

Weimar, 20. August. (W. T. B.)

Auf Antrag des Reichsministers der Finanzen ist das Reichsministerium der Justiz bereits am 16. d. M. mit der Prüfung der Unterlagen eines gegen den früheren Staatssekretär Dr. Helfferich einzuleitenden Strafverfahrens wegen Beleidigung des Reichsfinanzministers beauftragt worden.

Rücktritt des bayerischen Militärministers?

München, 20. August.

Die „Münchener Neuesten Nachrichten" melden, daß im Zusammenhang mit der Neuordnung des deutschen Militärwesens der bayerische Militärminister noch in diesem Monat zurücktreten werde.

Die Neugestaltung des Kalenders. Anläßlich der Stellungnahme zu einer Petition an die Nationalversammlung betreffs Abänderung unserer Zeitrechnung (das Jahr soll 12 Monate zu je 30 Tagen umfassen, die übrigen fünf Tage sollen als allgemeine Feiertage zwischen den Monaten gelten; die Woche soll zu zehn Tagen gerechnet werden; jeder zehnte Tag soll ein ganzer, jeder fünfte ein halber Feiertag sein, an dem nicht mehr als vier Stunden gearbeitet werden darf) gaben Berichterstatterin und Mitberichterstatter übereinstimmend der Auffassung Ausdruck, daß eine Neugestaltung des Kalenders, insonderheit die Festlegung der beweglichen Feste, eine Aufgabe der nächsten Zeit sein wird. Der Bittschriftenausschuß schloß sich der Entscheidung der beiden Berichterstatter an. Es wurde beschlossen, die Eingabe der Reichsregierung als Material zu überweisen.

Die Folge der „Vaterlandsliebe". Laut „Algemeen Handelsblad" schreibt die „Gazet van Antwerpen", eine Folge davon, daß Belgien aus „Vaterlandsliebe" keinen Handel mit Deutschland treibe, sei die, daß die Engländer in Deutschland allerlei Produkte aufkaufen und sie mit großem Gewinn an Belgien weiterverkaufen.

Die sozialen Unruhen in Spanien. Wie der „Temps" aus Barcelona berichtet, wurden durch eine von den Unternehmern angeordnete Sperre 180 000 Arbeiter brotlos. Die Lage verschärft sich auch in anderen Städten. Die Regierung trifft Vorkehrungsmaßnahmen.

Estland nur de facto anerkannt. Die Pressemeldung, daß Amerika Estland anerkannt und eine Anleihe von 50 Millionen Dollar gewährt habe, entspricht, wie aus Helsingfors gemeldet wird, nicht den Tatsachen. Die Anerkennung erfolgte lediglich de facto.

Die belgische Verkehrsstreikbewegung. Aus Brüssel meldet Havas-Reuter: Das Streikkomitee der Staatsangestellten hat von den Vereinigungen der französischen, niederländischen und